

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 33 (1958)
Heft: 7

Vereinsnachrichten: Der Schweizerische Mieterverband fordert eine Vorlage über die Fortsetzung der Mietpreiskontrolle

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Schweizerische Mieterverband fordert eine Vorlage über die Fortsetzung der Mietpreiskontrolle

Der Schweizerische Mieterverband hielt am 7. und 8. Juni in Horgen seine Delegiertenversammlung ab. Sie war sehr gut besucht und brachte den festen Willen zum Ausdruck, den Schutz der Mieter, die unter der Wohnungsnot leiden, zu verbessern. Nach einem Referat des Zentralpräsidenten Dr. Edwin Brunner, Zürich, wurde einstimmig die nachstehende Resolution gutgeheißen:

Der Schweizerische Mieterverband weist mit Entrüstung die neuerlichen, völlig unbegründeten Begehren des Schweizerischen Haus- und Grundeigentümergeverbandes auf eine weitere Mietpreiserhöhung um fünf bis zehn Prozent zurück, nachdem den Hausbesitzern vom Bundesrat auf dieses Frühjahr hin bereits fünf Prozent bewilligt worden sind.

Sodann muß angesichts der Tatsache, daß die Wohnungsnot nicht nur in den Städten, sondern auch in kleineren und mittleren Gemeinden heute prekärer denn je ist, die Wohnbauaktion des Bundes als ungenügend bezeichnet werden, um so mehr als der Entwurf für die Ausführungsbestimmungen die Realisierung der Aktion erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht.

Weil eine Verbesserung der überaus unerfreulichen Situation auf dem Wohnungsmarkt bis 1960 nicht zu erwarten ist, fordert der Schweizerische Mieterverband, daß rechtzeitig eine Vorlage über die Fortsetzung der Mietpreiskontrolle und des Kündigungsschutzes ausgearbeitet wird.

Mit aller Entschiedenheit tritt der Mieterverband dem Abbau von Mietpreiskontrolle und Kündigungsschutz entgegen, denn die Mietpreisfreiheit, wie sie vom Hausbesitzerverband angestrebt wird, bedeutet nichts anderes als laufende Mietpreiserhöhungen, die angesichts der scharfen Teuerung im Interesse des einzelnen und der schweizerischen Volkswirtschaft bekämpft werden müssen.

Förderung des Wohnungsbaues

Im Kanton Zürich

Mit 133 655 Ja gegen 28 477 Nein stimmte das *Zürchervolk* einem Gesetz über die zusätzliche Wohnbauförderung zu, das dem Kanton erlaubt, 10 Millionen Franken für die Beteiligung an der Bundesaktion, 3 Millionen Franken für die Unterstützung des Baues von Alterswohnungen durch Hypothekarzinszuschüsse und 10 Millionen Franken für die Förderung des allgemeinen Wohnungsbaues durch Gewährung von Darlehen in einem nachgehenden Rang zu einem Zinssatz, der um anderthalb Prozent unter dem Zinssatz für erste Hypotheken der Zürcher Kantonalbank liegt, aufzuwenden.

In der Stadt Bern

Bei einer Beteiligung von nur 27,8 Prozent der Stimmberechtigten wurde in der *Stadt Bern* eine Gemeindevorlage betreffend die Überbauung des Tscharnergutes für billige Wohnungen mit 11 004 Ja gegen 1571 Nein angenommen.

In Schaffhausen

Der Große Stadtrat von Schaffhausen hieß mit allen gegen eine Stimme eine Vorlage zur Förderung des sozialen und allgemeinen Wohnungsbaues gut. Zusammen mit der Aktion des Bundes will Schaffhausen in den nächsten vier Jahren den Bau von insgesamt 260 Wohnungen zu günstigen Mietzinsen fördern. Umstritten war die Einkommensgrenze. Mit großer Mehrheit entschied sich der Rat, daß die mit öffentlichen Mitteln verbilligten Wohnungen an Familien mit einem Jahreseinkommen von maximal 10 000 Franken plus 800 Franken pro Kind vermietet werden sollen.

Ablehnung in Chur

Die Stimmberechtigten von Chur hatten über ein Gesetz für den sozialen Wohnungsbau abzustimmen. Von den beiden Abstimmungsfragen wurde die erste, die eine Erhöhung der Einkommensgrenzen für die Wohnberechtigung in den aus öffentlichen Mitteln erstellten Bauten vorsah, mit 1662 Ja gegen 1358 Nein bejaht, die zweite über die Bewilligung eines Kredites von 880 000 Franken für erhöhte Beiträge an den sozialen Wohnungsbau jedoch mit 1481 Nein gegen 1464 Ja knapp verneint.

Internationaler Hauseigentümerkongreß

In Bern fand ein internationaler Hauseigentümerkongreß statt. Er stimmte folgender EntschlieÙung zu:

«Der Kongreß stellt fest, daß in allen im Internationalen Hauseigentümergeverband vertretenen Staaten mit Ausnahme der USA und Belgiens immer noch ungerechtfertigte staatliche Eingriffe in die private Wohnwirtschaft erfolgen. Ihre Nachteile haben sich überall deutlich offenbart durch die Verlängerung und Verschärfung der Wohnungsknappheit. Ganz besonders nachteilig hat sich der Mietpreisstopp auf die Erhaltung und Modernisierung des Altwohnungsbestandes ausgewirkt. Während der Staat mit ungeheuren Mitteln den Bau neuer Wohnungen fördert, schaut er dem Zerfall der Vorkriegswohnungen untätig zu. Der Kongreß legt den Regierungen dringend nahe, den freien Wohnungsmarkt durch



KEMAK-AUTOMATIC

Oelbrenner für
Einfamilienhäuser
und
Etagenheizungen

Generalvertretung
für die Schweiz:

E. Girsberger, Oelfeuerungen
Glattbrugg/Zch. Tel. 93 67 67